

Die „Freiheit“ erscheint täglich dreimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat April 25.— M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32.— M. Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland, Tschechien, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Ungarn 60.— M., für das übrige Ausland 67.— M.

Die schlagende Komposition oder deren Raum kostet 12.— M. einschließlich Anzeigensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Anzeigensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 8.— M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wart-Anzeigen: das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verantwortlicher Redakteur: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Antwortnote der deutschen Delegation

Genua, 21. April.

Die heute dem Präsidenten der italienischen Delegation überreichte deutsche Antwortnote hat folgenden Wortlaut:

Deutsche Delegation!

Genua, den 21. April 1922.

Herr Präsident!

Auf das von Ihnen gemeinsam mit dem Herrn Vorsitzenden der französischen, britischen, japanischen, belgischen, tschechoslowakischen, polnischen, jugoslawischen, rumänischen und portugiesischen Delegation unterzeichnete Schreiben vom 18. d. M. beehre ich mich folgendes zu erwidern:

Seit mehreren Jahren hat Deutschland die russische Sowjet-Republik anerkannt. Eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Ländern über die Folgen des Kriegszustandes war jedoch notwendig, bevor die ordentlichen diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen werden konnten. Die Verhandlungen, die hierüber zwischen den beiden Regierungen geführt wurden, waren schon vor mehreren Wochen so weit vorgeschritten, daß sie einen Abschluß ermöglichten.

Die russische Verständigung war für Deutschland deshalb besonders wichtig, weil hier die Möglichkeit bestand, mit einem der großen am Kriege beteiligten Staaten zu einem Friedenszustand zu gelangen, der alle dauernde Schuldnerschaft ausschließt und von Grund auf erneute, durch die Vergangenheit nicht belastete freundschaftliche Beziehungen ermöglicht.

Deutschland ging nach Genua mit dem herzlichsten Wunsch auf gemeinsame Arbeit mit allen Völkern zur Wiederaufrichtung des leidenden europäischen Erdteils, im Vertrauen auf das wechselseitige Verständnis für die Sorgen aller seiner Völker.

Die Vorschläge des Londoner Programms ließen die deutschen Interessen außer acht. Ihre Unterzeichnung hätte drückende Reparationsansprüche Russlands gegenüber Deutschland hervorgebracht. Eine Reihe von Bestimmungen hätte dazu geführt, daß die Folgen der zaristischen Kriegsgesetze Deutschland allein zur Last gefallen wären. Wiederholt hat die deutsche Delegation Mitglieder der Delegation der einladenden Mächte in eingehenden Besprechungen auf diese schweren Bedenken aufmerksam gemacht. Dies ist jedoch ohne Erfolg geblieben; vielmehr wurde der deutschen Delegation bekannt, daß die einladenden Mächte Sonderverhandlungen mit Russland eingeleitet hatten. Mitteilungen über diese Verhandlungen ließen darauf schließen, daß eine Verständigung binnen kurzem bevorstand, daß aber die Berücksichtigung der gerechten deutschen Wünsche nicht in Aussicht genommen war. Die deutsche Delegation ließ demgegenüber keinen Zweifel, daß sie gezwungen sei, ihre Interessen unmittelbar zu vertreten, da sie sonst in die Lage gekommen wäre, sich in der Kommission einem Entwurf gegenüber zu sehen, der für sie unannehmbar, aber von der Mehrheit der Kommissionsmitglieder bereits vereinbart war. Der Vertrag mit Russland ist deshalb am Sonntagabend in genauer Übereinstimmung mit dem bereits vor Wochen angedeuteten Entwurf unterzeichnet und alsbald bekanntgegeben worden.

Dieser Vorgang zeigt in aller Deutlichkeit, daß die deutsche Delegation den Weg der Verhandlungen mit Russland nicht aus Mangel an Gemeinheitsgefühl, sondern aus zwingenden Gründen beschritten hat. Er zeigt ebenso deutlich, daß die deutsche Delegation beehrt gewesen ist, von ihrem Verfahren jede Heimlichkeit fernzuhalten. Es würde durchaus den Wünschen der deutschen Delegation entsprechen, wenn auf der Konferenz eine allgemeine Regelung der russischen Frage gälte, und wenn in diese Gesamtregelung der deutsch-russische Vertrag eingefügt werden könnte. Die Möglichkeit hierfür ist sehr wohl gegeben. Der Vertrag greift in das Verhältnis dritter Staaten zu Russland in keiner Weise ein, auch ist er in jeder seiner Bestimmungen von dem Gedanken getragen, dessen Verwirklichung sie mit Recht als das Hauptziel der Konferenz bezeichnen, nämlich von dem Geiste, der das Vergangene als endgültig abgeschlossen ansieht und eine Grundlage für den gemeinsamen friedlichen Wiederaufbau zu schaffen sucht.

Was die weitere Behandlung der russischen Fragen auf der Konferenz betrifft, so hält auch die deutsche Delegation es für richtig, daß sie sich an den Beratungen der ersten Kommission über diejenigen Fragen, die den zwischen Deutschland und Russland bereits geregelten Fragen entsprechen, nur dann beteiligt, wenn etwa ihre Mitarbeit besonders gewünscht werden sollte. Dagegen bleibt die deutsche Delegation an allen denjenigen der ersten Kommission übertragenen Fragen interessiert, die sich nicht auf die im deutsch-russischen Vertrage geregelten Punkte beziehen.

Die Deutsche Delegation hat mit Genugtuung die Entwicklung begrüßt, welche die Verhandlungen der Kommissionen genommen haben. Sie fühlt sich einig mit dem Geiste der Solidarität und des Vertrauens, der diese Arbeiten besetzte. Welt entfernt von dem Gedanken, sich von der europäischen Gemeinschaftsarbeit abzuwenden, ist sie bereit, an den von der Konferenz von Genua zu erfüllenden Aufgaben im Sinne der Völkerverständigung und im Sinne des Ausgleichs ökonomischer und weltlicher Wohlfahrt mitzuarbeiten.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. gez. Wirth.

Das russische Memorandum

(G.P.) Genua, 21. April.

Wie Kofowsky den Journalisten heute abend erklärte, wird die Antwort der russischen Delegation mit den Gegenvorschlägen auf das Londoner Memorandum erst heute im Laufe des Tages überreicht werden, weil Tschitscherin an der aus Moskau eingetroffenen Fassung noch einige Änderungen vornehmen möchte, um sie der an der Konferenz vorherrschenden Stimmung anzupassen.

Die Antwort erkennt die Vorkriegsschulden und die Sozialisierungsschulden an, lehnt aber die Kriegsschulden ab und fordert die Anrechnung der Guthabensforderungen. Die Denkschrift wird heute in der Kommission beraten werden.

Eine Denkschrift des russischen Finanzsachverständigen

Sonderbericht des „Intel“.

Genua, 21. April.

Gleichzeitig mit dem Memorandum der russischen Delegation wird eine Denkschrift des russischen Finanzsachverständigen Preobraschenski überreicht werden. Diese Denkschrift geht von der Feststellung aus, daß das Memorandum der Londoner Sachverständigen für die von Russland verlangten Entschädigungen keine genauen Zahlen nennt. Sollte man die in den diesbezüglichen Mitteilungen der Zeitungen genannten Zahlen zu Grunde legen, so ergäbe sich für Russland eine Schuld von 18-20 Milliarden Goldrubel — eine ungeheure Summe, die Russland in dieser Höhe nicht anerkennen könne. Auf keinen Fall dürften die Kriegsschulden in diese Rechnung mit einbezogen werden, um so weniger, als die Alliierten mit ihren Unternehmungen in Russland Gewinne erzielt hätten, was man von Russland jedoch nicht sagen könne.

Die Denkschrift geht ferner auf das Nationalvermögen Russlands ein und stellt fest, daß sich das Nationalvermögen vor dem Kriege auf 12 Milliarden Goldrubel, gegenüber 5 1/2 Milliarden in jetziger Zeit, belief. Russland würde mithin 40 Jahre benötigen, um durch systematische Entwicklung seiner Produktion in die Lage versetzt werden zu können, die von den Alliierten geforderte Entschädigung zu zahlen.

Zum Schluß seiner Ausführungen wirft Preobraschenski in seiner Denkschrift die Frage auf, für wen Russland eigentlich diese Zahlungen leisten sollte: Sollten diese England zugute kommen, in dem das Jahreseinkommen 1914 pro Kopf 164 Goldrubel betrug? Sollten diese Zahlungen Frankreich zugute kommen, das 1914 pro Kopf und Jahr ein Durchschnittseinkommen von 355 Goldrubel aufwies? Sollten diese Zahlungen während Russland demgegenüber nur ein Durchschnittseinkommen von 30 Rubel für die Person nachweisen kann?

Im ganzen läßt das von Preobraschenski ausgearbeitete Memorandum darauf hinaus, die Ungerechtigkeit der Forderungen, die in dem Londoner Memorandum an Russland gerichtet werden, darzulegen.

Amerika beglückwünscht sich.

(G.P.) London, 20. April.

Wie der Korrespondent der „Daily Mail“ in New York schreibt, beglückwünscht man sich in politischen Kreisen, daß Amerika nicht an der Konferenz teilgenommen hat. Das Staatsdepartement bewahre seine zurückhaltende Auffassung. Man ist der Meinung, daß durch die Konferenz von Genua die wirtschaftliche Lage Europas nicht gebessert werden könne.

Die Reparationskommission hat geprüft

(G.P.) Paris, 21. April.

Die Reparationskommission teilte gestern abend eine offizielle Note mit, worin erklärt wird, daß sie gestern den Vertrag von Rapallo geprüft hat. Sie beschloß von der Kriegskostenkommission ihre juristischen Dienste zu fordern, um zu prüfen, ob und inwieweit der Vertrag von Rapallo gegen die Bedingungen des Versailler Vertrages verstoße.

USP. und Koalitionspolitik

Von Georg Ledebour

Bei den jüngsten Auseinandersetzungen innerhalb unserer Partei über die einzuschlagende Taktik spielte eine Hauptrolle die Frage der Koalitionspolitik. Von den Befürwortern eines Regierungsbündnisses mit bürgerlichen Parteien haben wir immer wieder die Behauptung zu hören bekommen, daß das Leipziger Manifest diese Frage offen lasse. Sein Wortlaut mache es durchaus statthaft, daß unsere Partei an einer Regierung sich beteilige, die auf einer Koalition bürgerlicher mit sozialistischen Parteien aufgebaut ist. Um diese Auffassung auf ein bestimmtes konkretes Beispiel anzuwenden, würde es also statthaft sein, daß Vertreter unserer Partei in einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien und Rechtssozialisten zusammen eintreten würden. Es mag nichts, daß von unserer Seite eine solche Auslegung des Leipziger Manifestes bestritten wurde. Auslegung steht ja Auslegung gegenüber. Und wenn man nur in der Lage ist, Auslegung der Auslegung entgegenzusetzen, so nimmt der Streit kein Ende.

Ich kann nun aber auf eine Tatsache hinweisen, die den Beweis dafür in sich trägt, daß die von den Befürwortern der Koalitionspolitik beliebte Auffassung des Leipziger Manifestes völlig unzulässig ist.

Zur Vorbereitung der dem Parteitag vorzulegenden Kundgebungen waren die leitenden Parteinstanzen unter Zuziehung von Parteigenossen aus allen Teilen des Reiches einige Tage vorher in Leipzig zusammengetreten. Bei Beratung des vorgelegten Entwurfes für das Manifest kam selbstverständlich auch die Koalitionspolitik zur Erörterung. Es fehlte aber in dem Entwurf selbst die klare Zurückweisung der Zulässigkeit einer solchen Koalitionspolitik, obgleich die Mehrheit der Teilnehmer an jener Beratung offenbar gegen die Koalitionspolitik sich ausgesprochen wollte. Von den Befürwortern der Koalitionspolitik war fortgesetzt betont worden: Wenn auch in diesem Augenblick der Eintritt unserer Partei in eine Koalitionsregierung nicht in Frage komme, könne man sich doch nicht dagegen aussprechen, da nicht abzusehen sei, ob nicht später einmal ein sehr unvorhergesehener Umstand die Beteiligung der USP. an einer Koalitionsregierung mit bürgerlichen Parteien ratsam machen würde.

Um diesen Einwänden das Wasser abzugraben, habe ich am letzten Tage der Vorbereitungen beantragt, folgenden Satz dem Manifest einzufügen:

„Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Koalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenstoß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats.“

In der Begründung zu diesem Antrag wies ich darauf hin, daß das Spiel mit den hypothetischen Möglichkeiten irgend einer tatsächlichen Koalition in der Zukunft an sich ein Verfahren sei, das auf die Verwirrung und auf die Untergrabung jeder Stellungnahme hinauskomme. Man müsse einer solchen hypothetischen Frage: „Was würdest du tun, wenn einmal in späterer Zeit dieses oder jenes Ereignis eintreten würde?“ immer die Antwort entgegenlegen: „Darüber werde ich mich entscheiden, wenn der Fall wirklich eintritt.“ Nach alter Erfahrung spielen sich die Dinge in der Praxis niemals so ab, wie man die Zukunftsentwicklung nach Augenblickseingebungen zu konstruieren sucht. Gibt man aber auf solche hypothetischen Zukunftsfragen eine Antwort, so dient das dem Fragesteller nur dazu, um eine für die Gegenwart mögliche, bestimmte Stellungnahme zu vereiteln. Eine Partei dürfe deshalb, wenn sie Richtlinien für ihr politisches Verhalten aufsetzen will, sich nur von den zurzeit vorhandenen klar erkennbaren Tatsachen in ihrer Entscheidung beeinflussen lassen und müsse alle hypothetischen Zukunftsspekulationen von der Hand weisen. Von diesem Grundsatz ausgehend, müssen wir uns aber unumwunden gegen jede Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien erklären, vor allen Dingen schon deshalb, weil nur durch Veräufung einer klaren proletarischen Klassenkampfpolitik wir unserer Aufgabe gerecht werden können, die proletarischen Parteien insgesamt zu einem aktionsfähigen Bündnis zur Verwirklichung des Sozialismus zusammenzubringen.

Für diese Auffassung sprach sich dann gleichfalls der als Referent für diese Frage in Aussicht genommene

Genosse Dittmann aus, und nach längerer Diskussion wurde der von mir beantragte Satz in das Manifest eingeschaltet, so daß im Zusammenhang mit dem anschließenden Satz der ganze Passus jetzt lautet:

Gegenüber dem System des Kapitalismus, das in seiner Konsequenz immer schärferer Ausdeutung, zu verhärteten Angriffen auf alle sozialistischen Erwerbungsformen, zur unentgeltlichen Belastung aller nicht besitzenden Schichten führt, muß deshalb die schärfste Kampfstellung eingenommen werden.

Indem die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ihre klare Klassenkampfpolitik fortsetzt, frei von jedweder Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, ermöglicht sie den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats. Denn die soziale Revolution kann nur zum Sieg geführt, der Sozialismus nur verwirklicht werden von einem Proletariat, das erfüllt ist mit sozialistischem Klassenbewußtsein und zusammengeschlossen ist zu einer unabhängigen Führung des Klassenkampfes.

Im Sinne der hier von mir gemachten Ausführungen war auch das Referat des Genossen Dittmann im Plenum gehalten. Auch in der Debatte kam die von uns vertretene Auffassung zum Durchbruch, so daß Wortlaut und Begründung des Manifestes ganz zweifellos auf eine klare Abjuration an eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien hinauskommen.

Wenn trotzdem Freunde der Koalitionspolitik deren Zulässigkeit für unsere Partei befürworten, so setzen sie sich offenbar nicht nur mit dem Manifest, sondern auch mit dem Willen des Parteitagess in Widerspruch. Das tun auch diejenigen, die aus dem Wortlaut des von mir beantragten Satzes deduzieren wollen, er verbiete ja nur die Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien, bis zu dem Zeitpunkt eines Zusammenschlusses aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats. Das Manifest lasse also die Frage offen, ob nach dem Zusammenschluß der Arbeiterparteien nicht die Möglichkeit einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien ins Auge gefaßt werden könnte. Demgegenüber ist zu betonen, daß dieser Wortlaut sich geistlich darauf beschränkt, der Partei Richtlinien vorzuschreiben für einen solchen Zeitraum und für solche Umstände, für die man von unserer gegenwärtigen Kenntnis der Dinge aus überhaupt einer Partei ein taktisches Verhalten vorschreiben kann.

Ich für meine Person bin sogar fest überzeugt, daß wenn es zu einem Zusammenschluß aller Arbeiterparteien in Deutschland gekommen sein wird, diese große proletarische Kampfpartei der Zukunft erst recht nicht der Versuchung erliegen kann, in eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien zu entgleisen. Aber darüber brauchen und wollen wir uns eben jetzt nicht freiten; es sollen eben jedwede Deduktionen für die Gegenwart aus hypothetischen Zukunftsspekulationen heraus überhaupt ausgeschaltet werden.

Ich hoffe, daß diese Darlegungen unseren Genossen es erleichtern werden, alle erneuten Versuche, ihnen eine Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien schmacht zu machen, entschieden zurückzuweisen.

Die internationale Rundgebung

Selbst die bürgerliche Presse Berlins konstatiert die imponente Beteiligung bei der gestrigen Rundgebung der Berliner Arbeiterschaft für die proletarische Einheitsfront. Die Berliner „Volksweltung“ schätzt die Teilnehmerzahl auf 100 000, eine bürgerliche Korrespondenz, die im allgemeinen bestrebt ist, Rundgebungen der Arbeiterschaft zu bekriechen, spricht von 50 000 Teilnehmern, konstatiert aber den eindrucksvollen Verlauf der Sache. Der „Vorwärts“ berichtet kurz über die Demonstration und muß mit süßlicher Miene zugeben, daß trotz der Sabotage der rechtssozialistischen Parteileitung die Arbeitermassen gekommen sind. Nur die

Abend im Berliner Ghetto

Von Victor Koad

Einer der letzten, kalten Märzabende war es, als mein alter Freund Sally Nathan mit mir durch eines der Berliner Ghettoviertel bummelte. Fensterladen klapperten, vom Wind gerüttelt, Papierballen wirbelten im Gespenstertanz. Zwei schäbige Kötze, schwankten wir durch die Pflanzstraße. Ueber abgenutzten Sammettragen Hüte verflochtenen Formos. Antebellende Hosen tänzelnd um schiefe Abzüge. Der Wind stob uns um die Ede der Rüderstraße. Wir verschaukelten uns, bebend vor Kälte. Ueber uns ragte eine verstaubte Laterne aus dem Massiv des Gebäudes, freif wie der künstliche Arm eines Kriegsverletzten in den Dünst, dem Glend, Prostitution und schlechenden Verbrechen über den Damm zu leuchten. Das Haus liegt still wie ein Gefängnis; verwildert wie ein vom Fasel aufgeschwemmter Strohalm am Freckstein, — der zerbrochene Putz sein zerschissenes Gewand. Spärliches Gelblicht hinter wenigen, mit Papier- und Lumpenfenstern verhängten Scheiben. Im Hofort des tunnelfschwarzen Hausflurs Grau, von der Schneedecke des Hofes aufbelebend. Pottentverschläge — Handwagen — Hause Gerümpels. An Kaminwänden hoch flüchtet der Blick. Wo Licht blinkt, schöpft der Sinn Verdacht auf Schlimmes. Messer — Schrei — Fall — Blut — Nord, Sally — mein Freund — zerrt an meinem Arm: „Komm!“

Weiter die Straßenlinie. Eine Eibudide. „Hast du's gesehen, hier haben sie doch den Alien abgemurkt.“ — Dragonerstraße. — Wädhchen vereinzelt eilen. Schwarztraufes Haar über der Stirne wie Regerhaar, doch von hartem Glanz, Augen wie mondlose Nacht. Bläuliche Beine. Gebelms des Pludums. Drei junge Juden an der Ede. Hellfarbige Schlüpfers vom Winde gebauscht. Moderne Hüte mit breiter Krempe. „Für Grenadierstraße, wo?“ — „Haha — Balutstraße — dufte Gegend!“ Durch die Schendegasse hinein.

Kneipe. Steile Stiege hinauf. Enger Raum, kahle Wände. Zwei orientalische Landschaften, Reklame der Zigarettenindustrie. Spieler am Tisch. Russen, Polen —? Ostjuden. Ueber scharfgeschnittenen Gesichtern schattende Hüte. An der Tür hinterwärts vier Weiber. Galizien. Jüdisch, klug und leidenschaftlich, mager und jäh. Hinten Wohnkubus und Gaststube in einem Bett, Sofa und Kleinhäus-

„Kreuzzeitung“, das Organ für Geschichtsfälschung und Geschichtenerzählung, hat erndet, daß die Rundgebung „nur sehr dürftig ausgefallen“ ist. Dieser journalistische Strohalm der „Kreuzzeitung“ schreibt schließlich: „Um 5 1/2 Uhr hatte der rote Kummel zwischen Schloß und Dom sein Ende erreicht. Die Fahnen wanderten zum Parteibüfiker, der sie aufzuheben pflegt. Sie kamen diesmal aber nicht in den Kartoffelfeller, sondern unter den Ladentisch, denn schon in wenigen Tagen, am 1. Mai, müssen sie nach dem Willen der „Internationalen“ dem Proletariat zum „letzten Geschenk“ voranmarschieren.“ Wozu zu bemerken ist, daß beim „letzten Geschenk“ dieser Strohalm und die anderen tapferen Ritter der „Kreuzzeitung“ mit dem Grafen Westarp an der Spitze ebensowenig zu finden sein werden, wie an den Novembertagen von 1918.

Starke Beteiligung im Reich

Aus einer Reihe von Städten liegen uns kurze Meldungen über die Beteiligung und den Verlauf der Demonstrationen am 20. April vor. So wird uns aus Düsseldorf gemeldet, daß die dortige Demonstration, die von den drei sozialistischen Parteien und den Gewerkschaften gemeinsam arrangiert war, eine sehr starke war. Das Gleiche wird aus Halle und anderen Städten des mittleren und östlichen Industriegebiets berichtet, ebenso aus Chemnitz.

Wien, 20. April. An der gemeinsamen Demonstration der Sozialisten und Kommunisten beteiligten sich weit über 150 000 Männer und Frauen. Von 4 Uhr nachmittags an ruhte der Betrieb ganz allgemein. Die Geschäfte und Lokale waren während der Demonstration geschlossen. — Obwohl der Demonstrationsszug in vier Reihen marschierte, dauerte der Vorbeimarsch über 2 Stunden.

Beschränkte Parteigoisten

Die Rechtssozialisten reden mitunter von der notwendigen Einheitsfront des Proletariats. Wenn sie aber an gemeinsamen Aktionen teilnehmen sollen, lehnen sie es ab, eine einseitige Front herzustellen. Am 11. April landete der Vorstand der USPD in Mannheim an die kommunistische und mehrheitssozialistische Partei briefliche Anfragen wegen Beteiligung aller drei Richtungen an einer Massenaktion, wie sie von der Berliner internationalen Konferenz für den 20. April empfohlen wurde.

Die kommunistische Parteileitung antwortete zustimmend. Das Sekretariat der sozialdemokratischen Partei Mannheim (Regierungssozialisten) schrieb am 15. d. M. also:

„W. G. 1... Wir lehnen es ab, am 20. April 1922 mit der KPD eine gemeinsame Demonstration zu veranstalten.“

Mit Parteigruß
gen. Hermann Krämer.“

Zweifellos fiel diese Verleugnung der Berliner internationalen Verständigung zur Zufriedenheit des badischen Polizeiministers Remmele aus. Die badische SPD legt größeren Wert auf die Integrität der Koalitionsregierung als auf die internationale Solidarität des Proletariats. Immerhin ist der SPD-Brief ein charakteristisches Merkmal bornierter Parteieigertums in dem großen Geschehen zu Genua, wo ein Reichsanwalt Dr. Wirth mit dem Vertreter Sowjet-Rußlands für einen Zusammenschluß beider Reiche demonstriert.

Deutschnationale Sorgen

Zur Reichstags ist von einigen Abgeordneten der äußersten Rechten folgende Anfrage gestellt worden:

„Unter den bekanntgegebenen Personen der Delegation und der Sachverständigen für die Konferenz in Genua befinden sich zum mindesten zwölf Herren jüdischer Rasse. Das Zahlenverhältnis der deutschen Staatsbürger jüdischer Rasse zu denen arischen Gebürtis beträgt wenig mehr als ein Prozent, nach der jüdischen Zuwanderung mag es vielleicht an zwei Prozent herankommen. Da die Zahl der Delegierten und Sachverständigen für Genua insgesamt 30 Personen betragen soll, bedeutet der rassenmäßig jüdische Anteil nach obiger Feststellung fast 33 Prozent. Wie will die Reichsregierung diese un-

gehenerliche Bevorzugung der Juden bei der Auswahl der Delegierten und Sachverständigen zur Vertretung der deutschen Belange in Genua rechtfertigen?“

Die Deutschnationalen stellen sich frisch und frei, als ob die von ihnen geforderte Kontingentierung der jüdischen Staatsbürger schon existierte. Sachlich verlangt diese Frage eine Verleugung aller geltenden Gesetze, politisch ist sie einfach ein Wis. Aber die Deutschnationalen sind sogar gegen die Fachleute, wenn es zufällig Juden sind.

Kriegsopfer und Teuerung

Der Reichstag und der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen schreibt uns:

Auf Grund eines Beschlusses des für die Erledigung der Versorgungsangelegenheiten der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen eingesetzten 19. Ausschusses des Reichstages ist die Reichsregierung beauftragt, mit tunlichster Beschleunigung dem Reichstag und dem Reichstag einen Bericht vorzulegen, durch den die Frage der Anpassung der Rentenbezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen an die Teuerungsverhältnisse geregelt werden soll. Im Reichsarbeitsministerium haben mit den im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegerhinterbliebenen-Fürsorge vertretenen Spitzenorganisationen bis jetzt mehrere Verhandlungen stattgefunden, ohne daß es zu einer Uebereinstimmung der Meinungen der Vertreter der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen und der Vertreter der Reichsregierung gekommen ist. Die Vertreter des Reichsbundes und der übrigen Organisationen hielten daran fest, daß der Ausgleich der Teuerung bei allen Versorgungsangelegenheiten geschaffen werden müsse. Die Auffassung des Reichsarbeitsministeriums ist dagegen, nur solchen Versorgungsberechtigten einen Teuerungszuschuß zu gewähren, die ganz oder vorwiegend zur Bekreitung ihres Lebensunterhalts auf die Rentenbezüge angewiesen sind. Dadurch werden sämtliche Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte, die im Interesse der Sicherstellung ihrer Familie einem Erwerb nachgehen, schwer benachteiligt. Dabei ergibt sich klar aus den Vorschriften des Reichsversorgungsgesetzes, daß alle Versorgungsberechtigten Anspruch auf die Teuerungszulage haben.

Es wird nun manchmal von Kreisen, die wenig oder gar keinen Einblick in die Lage der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen haben, eingewendet, daß z. B. ein Kriegsbeschädigter, der eine erhebliche Schwächung seiner Gesundheit oder körperlichen Unversehrtheit erlitten hat, dem Erwerb ja genau so nachgehen und genau soviel verdienen, wie ein anderer. Daß dies aber nur auf Kosten der Gesundheit des Kriegsbeschädigten selbst geschehen kann, und er sich dadurch als innerlich Kranker in der Regel seine Lebenszeit selbst verkürzt, wird in vielen Fällen nicht berücksichtigt. Es bedeutet eine klare Verleugung des Reichsversorgungsgesetzes, wenn zu den Versorgungsgebührenten, die nur oder vorwiegend wegen der gesundheitlichen Schwächung gewährt werden, eine an die veränderten Teuerungsverhältnisse angepaßte Teuerungszulage nicht gewährt wird. Nicht nur auf Grund der während des Krieges und nach demselben in der feierlichsten Weise gegebenen Versprechungen verlangen die Opfer des Krieges die Einlösung des ihnen gegebenen Wortes, sondern insbesondere deshalb, weil sie einen klaren und unzweideutigen Rechtsanspruch darauf haben.

Ein neues Waffenlager

Wie oft schon haben wir vernommen, daß es in Deutschland keine geheimen Waffenlager mehr gibt. Und wie oft schon wurden diese Behauptungen durch die Entdeckung von Waffenlagern Lügen gestraft. So wird auch jetzt wieder dem „Vorwärts“ aus Belgien (Markt) geschrieben:

„Auf dem Landratsamt Belgien erschien gestern ein Ententeoffizier und erbot sich zum Waffensuchen einen Hundsjäger. Der Offizier fuhr mit dem Beamten nach Fernis auf das Grundstück des Stellmachers Meyer. Nach einem Grundriß nahm der Offizier eine Durchsichtung des ganzen Gehöftes vor. Im Keller versteckt wurden viele Hunderte von Andrahtungsgegenständen, darunter 130 Stahlhelme, Gewehrgehäuse usw. vorgefunden. Die

rat. Ein Kinderwagen, drin ein Säugling. Ein schwarzhaarig Jungmädchen — schön wie Jerusalem — macht Toilette. Dazwischen Spieler am Tisch. In jedem Gesicht spähend prüfende Augen. Männer am Schantische. Jung, groß und kräftig. Lebhaftes Unterhaltung: russisch, polnisch, englisch aber kein Wort deutsch. Ueber allen Romantik des Internationalen. An unserem Tisch ein junger Jude. Gelbläch der Teint, und in den Augen lyrisches Träumen. Der Mund knabenweich. Adagio.

Mein Freund Sally entdeckt einen „Jobbed“ in seiner Higarre. Wir lachen, und der Wiederschein verschönt des Jungen Gesicht. Er prüft Pässe. Er erhebt sich zu „königlich preussischem Gardemah“. Breitbrüstig, stark, elastisch die Lenden, kräftig die Arme und Hände dran wie Monumente. Am eisernen Ofen, der glüht, ein alter Jude. Er ist einen Wüchling aus Zeitungspapier herous. Den Abfall spuckt er in die Glut, die bei jedem Dessnen der Klappe sein Globetrottergesicht überflammt.

Eine andere Kneipe, ein paar Häuser weiter. Weniger behaglich: Kalt und dunkel. Ein Raum wie ein Saal. Eine beleibte alte Jüdin als Birrin hinterm Schantische. Nur Mausebengenoßen ihre Gäste. In dunklerer Tiefe der Stube offene Tür. Spieler am Tisch unter der Hängelampe drri hinten. Hüte auf den Köpfen und dünne Bärte am Kinn.

Weiter ins jiddische Kabarett. Deutschemde Gesichten im Vorderzimmer vorm Schantische gedrängt. Man „nimmt uns hoch.“

„Wo is' das Kabarett?“ — „Sie woll'n —?“ — „Ja —“

Ueber Stufen hinauf ins Hinterzimmer. Wenige weißgedeckte Tische in kleiner Stube. Auf improvisiertem Podium ein jiddischer Komiker. Grobe Erwit, groteske Maske. Fletschende Zähne und Augen. Klavierbegleitung und dünner Geigentor. Mein Freund Sally zum Nachbarn: „Versteh'n Sie alles?“ und der, gedrohen deutsch, doch Stolz und Liebe im Ton: „Nu — mei Mutterproch!“ Alle Gesichter wie feins: dunkel, intelligent, schlau, verschmüht, wissend Gut und Böse, weltwissend.

Duell. Sie zart und zierlich wie Porzellan; blauäugig, dennoch — jiddisch. Englisch und jiddisch sprechen und singen sie. Stand in Whitecapel ihre Biège? Blond auch ihr Partner.

Das Kabarett Flomenschast bekommt Besuch von der Konkurrenz in der Pflanzstraße. Artisten, Einer ist dabei mit

finstern Beethovenkopf. Starkwillige Frauen, abweisend und anziehend zugleich, lodend schön, verkörperte Gefahr. Auch hier kein deutsches Wort. Die Welt ihre Heimat. Ich kann sie mir denken auf Lokomotiven reitend, den Erdball umkreisend. Bunt, bunt ist das Leben.

Und Sally jog mich. „Komm, — wir müssen heim!“ —

Grubenpferde

Schon vor 104 war man auf vielen Kohlenruben des Ruhrreviers dazu übergegangen, an Stelle der unter Tage beschäftigten Grubenpferde Maschinen zu verwenden. Aber immer gab es noch eine ganze Reihe von Becken, die in der Grube Pferde — zuweilen bis zu 100 und darüber — beschäftigten. Zum Teil hing dies mit mit besonders gearteten Verhältnissen zusammen, zum anderen Teil scheute man die großen Kosten, die eine derartige Umstellung verursachten. Ruckte doch in fast allen Fällen eine Vergrößerung des Streckendurchschnittes erfolgen, und außerdem zeigte es sich, daß die alten Schienen für die Lokomotiven zu schwach waren. Alle diese Umstände führten dazu, daß man viel zu lange an der altgewohnten Pferdebeförderung festhielt. Erst, als während des Krieges großer Mangel an Zugtieren eintrat und die Preise der Pferde sehr in die Höhe gingen, verschwanden in verhältnismäßig kurzer Zeit fast sämtliche Pferde aus den Kohlenruben. Nur in vereinzelt Fällen mögen sie heute unter Tage noch Verwendung finden.

Dies muß von jedem Tierfreund auf das wärmste beargrüt werden, denn das Los der Grubenpferde war nicht beneidenswert. War es doch fast auf allen Bergwerken die Regel, daß man die Tiere, solange sie gesund blieben, in der Grube ließ. Erst wenn sie krank oder verlegt wurden, förderte man zu Tage. So war es gar nicht selten, daß einzelne jahrelang nicht das Licht der Sonne erblickten. Wurden sie dann aus irgendeinem Grunde aus der Grube geholt, so wickerten sie, kaum das Tageslicht erblickend, fremdig auf und trabten wie junge Füllen in munteren Sprüngen über den Rechenlag. Solche Lichtblicke waren aber im Leben der Grubenpferde selten. Tagaus tagen verrichteten sie ihre schwere und gefährliche Arbeit, und nicht wenige unter ihnen wurden ein Opfer ihres Berufes. Wahrhaft erschütternd Tragödien stehen sich aus dem Leben dieser treuen Mitarbeiter des Bergmanns berichien. So war man auf eingest

Gegenstände wurden beschlagnahmt und vom Sondratsamt bezogen an die Freihandgesellschaft Brandenburg gesandt.
Damit dürfte die Sache für den Stellmacher Meyer ebenso abgetan sein wie für alle anderen Reaktionen, bei denen bisher Waffenlager gefunden worden sind. Die Behörden und die Regierung aber werden weiter, wider besseres Wissen, behaupten, es gäbe keine geheimen Waffenlager und werden damit die reaktionären Rüstungen unterstützen.

Eröffnungssitzung des internationalen Gewerkschaftskongresses

Sonderbericht des „Intel“.

Rom, 21. April.

Gestern vormittag um 10 Uhr wurde hier der internationale Gewerkschaftskongress eröffnet. Nach einer kurzen Ansprache des Präsidenten ergriff d'Arragona als Vertreter des italienischen Gewerkschaftsbundes das Wort zu einer kurzen Begrüßungsrede, in der er darauf hinwies, daß Italien zum ersten Male die Ehre habe, den internationalen Gewerkschaftsbund als Ganzes bei sich zu empfangen. Er begrüßte dies um so mehr, als die Arbeiterchaft Italiens von hoher Solidarität und Internationalismus hochgehalten habe. In Genua würden die Verhandlungen von dem Standpunkt der nationalen Interessen ausgeführt. In Rom jedoch solle die internationale Solidarität in den Vordergrund der Debatten gestellt werden. In Genua lehne man es ab, die Abrüstungsfrage zu erörtern. In Rom solle sie das Hauptthema sein. Das Proletariat müsse sich fester denn je zusammenschließen. Präsident Thomas führte nach ihm aus:

Wir vertreten hier 24 Millionen Arbeiter. Das ist die größte internationale Macht, die heute besteht. 20 Nationen sind hier vertreten. Es ist ein Zufall, daß gleichzeitig die Konferenz von Genua und der römische Kongress tagen.

Wenn wir auch wissen, daß die Konferenz von Genua der Wiederherstellung des Kapitalismus dienen soll, werden wir doch erklären, daß dort schwerwiegende Beschlüsse gefaßt werden, die auch für die Arbeiter aller Länder von größter Bedeutung sein werden. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Verhandlungen in Genua in einem solchen Geiste geführt werden, daß die Leiden der letzten acht Jahre vergessen würden. In Genua sehe man das beste Beispiel für das Verhalten der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Obwohl Frankreich ein Siegerstaat sei, litten die Arbeiter dort genau so wie in den unterlegenen Ländern. Trotz aller Opfer des Krieges stehen in Europa heute eine Million Menschen mehr in Waffen als vor dem Kriege. Die Arbeiterchaft befindet sich in einer schwierigen Lage. Obwohl es 10 Millionen Menschen gibt, die gern arbeiten würden, können sie keine Arbeit finden. Dies sei die schwerste Anklage gegen die Zivilisation. Die Arbeiter der verschiedenen Länder seien aufeinander angewiesen. Der Internationalismus müsse der Kampf der Arbeiter sein. Obwohl die Arbeiter keine gemeinsame Sprache sprächen, verstanden sie einander doch, da sie die gemeinsame Sprache der Menschlichkeit redeten. Im weiteren Verlauf seiner Rede führte Thomas aus: Die Russen halten an der roten Fahne fest. Aber für solche Kleinigkeiten ist keine Zeit vorhanden. Wenn die gelbe Farbe auf ihr Erfolge zu erzielen, erklärte er lächelnd, so werden wir auch unter dieser Flagge, die die Russen der Amsterdamer Internationale zuschreiben, kämpfen. Die Amsterdamer Internationale war es, die die erste energische Aktion gegen die Blockade Rußlands durchführte, die 180 000 Pfund Sterling für die russische Hilfsaktion ausbrachte. Ferner erinnert Thomas an den Kampf gegen Hortungungarn und an die Aktion gegen die Munitionslieferungen Polens. Die Amsterdamer Internationale habe viel geleistet, ohne zu fragen, ob ihr auch in Sowjetrußland das Recht zur Propaganda gewährt bleibe oder nicht. Aus freien Stücken habe sie so gehandelt. Sie werde so auch weiter handeln, selbst wenn sie von den Russen wenig Dank dafür ernte.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Jouhaux das Wort, der dem Kongress Mitteilung vom Ableben des deutschen Bergarbeiterführers Hue machte, zu dessen Ehrung sich

die Anwesenden erhoben. Es wurde beschlossen, an die Familie Hue und an den Bergarbeiterverband Beileidstelegramme zu senden.

Am Mittag besuchten die Kongreßteilnehmer die Konferenz des Labors, wo Jouhaux eine kurze Ansprache hielt.

Explosions-Katastrophe

Mindestens 1800 Menschen getötet

London, 21. April.

In Monastir lag ein Munitionslager in die Luft. Eine Granate schlug dabei in eine Kirche, wo mehrere hundert Menschen versammelt waren, die alle unter den einströmenden Mauertrümmern wurden. Eine Kaserne, in der sich über 1800 Soldaten befanden, wurde ebenfalls zerstört und die meisten Soldaten unter den Trümmern verschüttet. Ein großer Teil der Stadt ist in Ruinen verwandelt.

Monastir, 20. April.

Nach den neuesten Berichten dehnte sich die durch Munitionsexplosion verursachte Feuerbrunst infolge eines starken Windes auf die ganze Stadt aus, die einem Flammenmeer gleich. Die gesamte Bevölkerung von über 40 000 Personen ist obdachlos und flüchtet in die umliegenden Berge und Wälder. Insgesamt sind 400 Waggons Munition aller Art in die Luft geflogen. Die Dörfer der Umgebung sind vollkommen zerstört. Die Explosionen dauern noch fort. Die Regierung bewilligte als erste Hilfe eine Million Dinar und beantragte eine Kommission unter Führung des ehemaligen Eisenbahnministers Butkowskitch mit der Untersuchung der Ursache der Explosion. Der Schaden beträgt weit über eine Milliarde Dinar.

Paris, 21. April.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ sind bei der Explosion des Munitionsdepots in Monastir mindestens 1800 Personen umgekommen.

Noch eine Explosion

Boulogne, 21. April.

Bei einer Explosion auf dem englischen Truppenübungsplatz sind drei Personen getötet und drei verwundet worden.

Friedensklänge

(EAB.) London, 21. April.

Die Erklärung Lloyd Georges gegenüber den Pressevertretern in Genua, in der er mitteilte, daß die Deutschen, wie er zu wissen glaube, sich entschlossen hätten, auf die Teilnahme an den Erörterungen der Ersten Kommission zu verzichten, hat eine überraschliche Stimmung geschaffen.

„Daily Chronicle“ schreibt: „Die Wolkten, die noch vor wenigen Tagen die Konferenz bedrohten, scheinen zu verschwinden.“ „Student of politics“ schreibt in demselben Blatte: „Die Sonne scheint auch auf der Konferenz wieder.“ Der Zwischenfall wegen des deutsch-russischen Vertrages sei abgeschlossen unter dem Motto: „Frieden mit Ehren.“ Der Genueßer Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt: „Nach drei Tagen schwieriger diplomatischer Anstrengungen kann der durch den deutsch-russischen Vertrag geschaffene Zwischenfall als beendet angesehen werden. In allen Kreisen der Konferenz sei jedoch eine starke Bitterkeit zurückgeblieben.“ Wie der Berichterstatter meldet, besetzten die meisten Antworten Lloyd Georges in der gestrigen Presseverammlung in Genua den Zweck, das Vertrauen in die Konferenz und in die Solidarität der Nationen, die sie einberufen, wiederherzustellen. „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel, die deutschen Delegierten nehmen ihren Ausschluss aus der Politischen Kommission zur Beratung der russischen Frage an. Nichts könnte lothaler sein. Die Deutschen hätten ihre eigenen Vereinbarungen mit Rußland getrotzt, und von ihrem Standpunkt gesehen sei es zwecklos, einer Kommission anzugehören, deren Zweck es sei, zu einer Regelung mit Rußland zu gelangen. Der Abbruch der Konferenz würde nur das deutsch-russische Uebereinkommen zu einem Bündnis verstärken haben, das eine Verdrehung des europäischen Friedens bedeutet haben würde. Ein Mitarbeiter des Blattes schreibt, ein deutsch-russisches Bündnis bedeute das Schwamm für die

Schacht fiel. Beim Herabfallen traf er einen Arbeiter und tötete ihn auf der Stelle.

Ihrer schweren Arbeit entsprechend wurden die Pferde reichlich gefüttert und gut gepflegt, so daß sie äußerlich einen guten Eindruck machten. An die oft sehr beengten Verhältnisse gewöhnten sich die Tiere sehr schnell. Sie machten ihren Weg meist im Dunkeln und fanden sich auch ohne Führung in den Stall zurück. Für die Klugheit der Tiere war es bezeichnend, daß sie wußten, aus wieviel Wagen der Zug, den sie zu ziehen hatten, bestand. Kam ihnen beim Anziehen die Zahl zu hoch vor, so blieben sie einfach stehen, und dem Pferdetreiber blieb nichts anderes übrig, als einige Wagen abzukupeln.

Die schon im Anfang ausgeführt ist, sind die Pferde fast ganz aus den Grubenbetrieben verschwunden, und die Zeit wird nicht mehr fern sein, in der die Grubenpferde ganz der Vergangenheit angehören. Voller Stauern werden sich dann die Bergknappen erzählen lassen, daß es einmal eine Zeit gab, in der Pferde an Stelle von Maschinen in den Gruben verwendet wurden.

F. G.

Atelierorgen der Künstler. Infolge der Bedrängnis, in der die Künstlerchaft für ihre Ateliers sich befindet, haben die Vertreter des Reichswirtschaftsverbandes bildender Künstler im Reichswirtschaftsrat die Regierung ersucht, beim Wohnungsbau und Mieterschutz die Arbeitsräume der bildenden Künstler gegebenenfalls durch Ausnahmebestimmungen zu verhältnismäßig billigen. Die Gemeinden sollen mit Hilfe der Regierung durch Zuschüsse die Neuerrichtung von Künstlerateliers ermöglichen. Vor dem Kriege waren diese Räume verhältnismäßig billig, da sie meist in den damals für Wohnungszwecke verbotenen Dachgeschossen errichtet waren. Jetzt nach Freigabe der Dachgeschosse zum Wohnen sind die Künstler in häßlicher Gefahr, von zahlungskraftigeren Mietlustigen aus ihrem Atelier verdrängt zu werden. Mindestens ein Viertel der Künstler ist in Berlin überhaupt ohne Atelier, in anderen Kunststätten liegt es nicht besser.

Grete Meisel-Deh ist dieser Tage in einem Berliner Krankenhaus an ihrem 43. Geburtstag nach längerem Leiden gestorben. Ihre Hauptwerke behandeln Frauenfragen und sexuelle Probleme. Ihr Ziel war der Sozialismus als Uebergangspunkt zu den Möglichkeiten eines geläuterten und gerechten Individualismus.

Tages-Notizen.

Die Verhaftung von Peter Schönd in die Wiener Medenle der Bildenden Künste ist nunmehr erfolgt.

Allierten. Der Gedanke des Sieges sei bisher so faszinierend gewesen, daß die Allierten Diplomaten sich ausschließlich die Mühe gegeben hätten, über die Folgen nachzudenken, die eine Koalition der besiegten Nationen gegen die Koalition der Siegernationen nach sich ziehen würde. Die Allierten hätten gedacht, sie könnten immer weiter Bedingungen diktiert und weiter die Herren Europas spielen, ohne daß ihre Hegemonie jemals umgestürzt werden könne. Die Ueberraschung über den Abschluß des deutsch-russischen Abkommens sollte lieber nicht mit dem Worte „Verrat“ bezeichnet werden. Jedermann, der über die geheimen Unterredungen Bescheid wisse, die seit Monaten in Europa zwischen verschiedenen Regierungen und der Regierung Rußlands stattfanden, werde ein Gefühl höhnischer Verachtung für die heutigen Diplomaten kaum überwinden können. Nach Ansicht des Mitarbeiters würde ein Abbruch der Genueßer Konferenz wegen des deutsch-russischen Vertrages das Eingeständnis ihrer diplomatischen Niederlage und die offene Ueberlassung des russischen Feldes an Deutschland bedeuten.

(EAB.) Paris, 20. April.

Nach dem Korrespondenten des „Temps“ in London ist man in politischen Kreisen Londons der Ansicht, daß eine Auflösung des Vertrages von Rapallo nur einen formalen Erfolg haben würde. Man glaubt, daß in Zukunft ein neues Element in die europäische Politik hineingebracht werde, indem eine neue Gruppierung der Mächte in die Wege geleitet worden ist, die dem Völkerverbund entgegensteht. Die öffentliche Meinung Englands glaubt darum, daß nur durch eine Annäherung Frankreichs und Englands der europäische Frieden gewahrt werden könne. Man bedauert diese Notwendigkeit, da man gehofft hatte, daß das Zeitalter der Allianzen vorbei sei. Man könne sagen, daß die Konferenz von Genua bis jetzt ein Mißerfolg sei. „Daily Chronicle“ schreibt: „Wir gehen sogar noch weiter als Lloyd George, indem wir sauen, daß nicht nur die englische Regierung mit Frankreich zusammengehen soll, sondern daß die gegenwärtige Regierung mit Lloyd George an der Spitze dies viel entschiedener wünscht als irgend eine Regierung, die sie ablösen könnte.“

Sitzung des allrussischen Exekutivkomitees

(Intel.) Moskau, 20. April.

Alle Mitglieder und Erfahrmänner des allrussischen Exekutivkomitees wurden zu der am 5. Mai im Kremel stattfindenden Sitzung des allrussischen Exekutivkomitees geladen. Der neue Wirtschaftskurs in Sowjetrußland hat auf die Tagesordnung dieser Konferenz eine Reihe wichtiger Punkte gebracht, die der neu geschaffenen Situation Rechnung tragen sollen. Das Volkskommissariat für Justiz hat ein-gebracht einen Dekretentwurf für die Grundlagen des Eigentumsrechts, vier andere, die sich mit der Kriminalgesetzgebung, dem Gerichtsverfahren in Kriminalfällen, den Verordnungen über Advokatur und Provokatur beschäftigen. Das Volkskommissariat für Landwirtschaft ist mit einem Dekretentwurf für die Landnutzung vertreten, ein anderer befaßt sich mit den zur Wiederaufrichtung der Kommunalwirtschaft notwendigen Maßnahmen. Wichtig vor allem ist die von dem Volkskommissariat für Heeres- und Marinewesen für den Fall, daß die Konferenz von Genua einen günstigen Verlauf nehme, vorgeschlagene Verminderung der Roten Armee. Das Volkskommissariat für Finanzen hat einen Entwurf für Steuererhebung eingebracht. Ferner steht auf der Tagesordnung ein Bericht über die Voraussetzungen zur Einteilung der Sowjetrepublik und der einzelnen Distrikte.

Die englische Aussperrung

(Intel.) London, 21. April.

Die Konferenz der Exekutive der 47 Metallarbeiterverbände beschloß, ihr Verhandlungskomitee zu einer Sitzung einzuberufen, an der auch die Vertreter des Nationalrates und des Exekutivkomitees des Nationalarbeiterverbandes teilnehmen werden. Die Sitzung wurde für morgen anberaumt. Das Verhandlungskomitee soll vor allem nach neuen Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit den Unternehmern suchen. Henderson und Walkers hatten auf Grund dieses Beschlusses eine Unterredung mit den Unternehmern, deren Ergebnis der Konferenz des Exekutivkomitees der 47 Verbände sofort unterbreitet werden wird.

Stimmkerie Kokosnüsse. Nach einer Meldung holländischer Blätter wird sich Quao Stinnes sehr auch der Ausvierung von Kokosnüssen in holländisch-Neuguinea widmen.

Starker Schneefall im Riesengebirge. Seit Mitternacht geht im ganzen Riesengebirge bis herunter ins Tal starker Schneefall nieder. Auf der Kamahöhe ist das Thermometer bis auf 6 Grad unter Null gesunken.

Leutnant Grass aus der Galt entlassen. „Agence belge“ meldet: Nachdem die genaue Untersuchung des von Franz David, der unter dem Verdacht der Ermordung des Leutnants Grass stand, vorgebrachten Alibis dessen Richtigkeit ergeben hat, wurde er vorläufig aus der Galt entlassen.

Diagnose

Ein tüchtiger Arzt, den ich in Genua befragte und dem ich meine bitteren Leiden klagte, hat für ein gutes Wort und für ein schlechtes Geld Protokollarisch festgestellt:
Das deutsche Volk liegt auf der Bahre,
Es fliehet und hat keine Haare,
Der Krieg, das Schieberkapital
Fraß alles, alles raubhaft!
Patient hat blindgeweinete Augen
Und Ohren, die nicht mehr recht tangen —
Kanonendonner Schlacht für Schlacht
Vier Jahr' lang hat sie taub gemacht.
Die Haut ist weiß, hat sehr gelitten,
Viel Fieber sind herausgeschlitten,
Held Ludendorff hat Tag und Nacht
Sich lange Riemen drans gemacht.
Die Lunge pfeift in beiden Flügeln,
Der Magen ist kaum noch zu zügeln,
Versucht, verdorben ist das Blut —
Nur eins: das Herz, das Herz ist gut.
Wenn dieses Volk die letzte Kraft,
Den letzten Mut zusammenrafft,
Zersprengt die harten Stinnesketten,
Dann ist's — vielleicht — doch noch zu retten.

Witz!

Groß-Berlin

Die neue Wahlordnung für die Elternbeiräte

Das preussische Kultusministerium hat folgende Wahlordnung für die Elternbeiräte erlassen (die in Sonderdruck getesteten Stellen geben die Neuerungen in der Wahlordnung wieder):

Das aktive und passive Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kinder zu, auch der Gast- und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als auch den Müttern, ferner den Adoptiv- und Stiefeltern, sowie den Pflegeeltern, die ein Schulkind dauernd und im wesentlichen unentgeltlich in ihrer Familie erziehen. Die Mitglieder des Lehrkörpers haben, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, dasselbe Wahlrecht wie alle anderen Eltern. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, gleichviel wieviele seiner Kinder die Schule besuchen.

1. Die ordentlichen Neuwahlen der Elternbeiräte finden in den ersten 8 Wochen nach dem Frühjahrsbeginn des Unterrichts im neuen Schuljahr statt.

Die Wahl erfolgt auf 2 Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

2. Der Wahltermin wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekanntgemacht. Die Wahlen finden in der Regel Sonn- oder Feiertags außerhalb der Schulklassen statt. Zum Wählen sind mindestens 5 Stunden Zeit zu gewähren. Eine längere Wahlfrist kann die Schulaufsichtsbehörde nach den örtlichen Bedürfnissen festsetzen.

3. Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie regelmäßig spätestens 4 Wochen vor der Wahl 2 Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wählerliste Abschrift zu nehmen.

Einprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, selbständig dem Einspruch stattzugeben. Tut er dies nicht oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigter in die Liste, so entscheidet der Wahlvorstand (Ziffer 4). Dessen Entscheidung kann nur nach vorheriger Wahl im Wege des Einspruchs gegen diese (Ziffer 5) angefochten werden.

4. Ferner beruft der Schulleiter im Einvernehmen mit dem bestehenden Elternbeirat in der Regel vier Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulleiter oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Ausliegen der Wählerliste (Ziffer 3) und die Zulässigkeit des Einspruchs hinzuweisen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Diese erfolgt in der Regel zwei Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bekanntmachungen zu wiederholen und durch Jurat und Abstimmlung ein aus mindestens drei Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. Die Kandidatenlisten sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen jede mindestens 10 viel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen, bei Schulen oder Schulsystemen von über 500 Kindern 20 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle anderen sind spätestens acht Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Jede verlässliche Art der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen genügt. Die Zurückweisung von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl (Ziffer 5) angefochten werden. Wird nur ein Wahlvorstandsvorschlag vorchriftsmäßig aufgestellt und eingereicht, so erübrigt sich das weitere Wahlverfahren. Der Wahlvorstand hat dann nur das Wahlergebnis nach dem Grundsatze von Ziffer 7 festzustellen.

6. Die Wahlberechtigten wählen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Zur Sicherung des Wahlgheimnisses sollen die Stimmzettel gleich groß und weiß sein, soweit nicht mit amtlichen Wahlumschlägen gewählt werden kann. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen. Die Verbindung von Listen ist unzulässig. Kein Kandidat darf gleichzeitig auf zwei Listen stehen. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekanntgemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgeänderte Stimmzettel.

7. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendeter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1353) sinngemäß Anwendung.

Die Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen acht Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. Ueber die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll anzufertigen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit dem eingegangenen Stimmzetteln und der Wahlliste von dem Schulleiter bis zur nächsten Wahl aufzubewahren ist.

9. Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können jede vor oder bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeit betreffen, haben aber keine aufschiebende Wirkung. Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so legt sie zugleich einen neuen Wahltermin fest.

Die Verschickung körperlich schwächerer, aber nicht kranker Kinder aus Land und an die See ist nach Dezentralisierung der Stadtgemeinde Berlin den Bezirksämtern übertragen worden. Der Aufenthalt schulpflichtiger Kinder in Landeinzelpflegestellen (Dörfern, Thüringen usw.) währt 100 Tage und kostet 300 Mark, der in städtischen Heimen, wie Rest a. d. Dörfen, Schuppen bei Celle und Hermannswerder bei Potsdam währt 5-6 Wochen und er-

fordert täglich 23 bis 25 Mark Verpflegungskosten. Für Minderbemittelte gewährt das Bezirksamt Wedding Zuschüsse. (Erforderlichenfalls sogar Freistellen.) Anträge sind bei den Herren Direktoren zu stellen, welche eine Nachprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse (in Bezug auf die Beitragszahlung) und des stillen Betragens der Kinder verlangen. Schulentlassene Jugendliche, die zur Aufnahme eines Berufes noch zu schwächlich sind, werden gegen Uebernahme leichter Arbeiten unentgeltlich aus Land verschickt. In den Bedingungen für die Verschickung von schulentlassenen Jugendlichen sind wesentliche Verbesserungen eingetreten. Solche Jugendlichen können sich direkt an das Jugendamt des Bezirksamtes Wedding, Schönheitsstraße 1, am Brunnenplatz, wenden.

Sondervorstellung der Jugendbühne Rentkoff. Am Donnerstag, den 27. April 1922, nachmittags 3 Uhr, wird im städtischen Lichtspielhaus, Bergstr. 147, der wundervolle und interessante Film "Schadletons Südpolexpedition" gegeben. Ein Teil der Beiratschaft hatte bereits durch die Sonderausführung in Berlin Gelegenheit, den Film kennenzulernen. Der Film zeigt die eigenartige Schönheit der Polarwelt, das Tierleben in jenen Regionen und läßt uns den Kampf der Forscher mit den Naturgewalten miterleben. Durch einen erklärenden Vortrag wird die Wirkung des Films noch wesentlich verstärkt. Im Anschluß hieran findet eine Vorführung des heiteren Trick-Films "Die letzte Pflaume" statt. Ein Besuch der Vorstellung kann nur warm empfohlen werden. Um eine Ueberrückung zu vermeiden, wird es zweckmäßig sein, wenn die Karten von den Schulen bereits im Vorverkauf entnommen werden. Karten zum Preise von 1 M. für Kinder, 2 M. für Erwachsene sind im Vorverkauf im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 278, sonst an der Tageskasse zu haben.

Irrethümliche Versicherungsbeiträge können verfallen. Beiträge, die in der irrthümlichen Annahme der Versicherungs-pflicht entrichtet sind, können vom Versicherten nicht mehr zurückgefordert werden, wenn sie mit seiner Einwilligung als für die freiwillige Weiterversicherung entrichtet gelten. Diesen Grund hat das Oberlandesgericht für Angehörtenversicherung neuerdings getroffen. Für den Angehörten einer Krankenkasse waren die Pflichtbeiträge für drei Jahre entrichtet worden, als er rückwirkend für versicherungsfrei erklärt wurde. Der Angehörte erklärte aber, von der freiwilligen Weiterversicherung Gebrauch zu machen. Ein späteres Geheiß um Aufhebung mußte abgewiesen werden, da die gesetzliche Barzeit nicht erfüllt war. Darauf verlangte der Versicherte die gezahlten Beiträge, die Arbeitnehmerbeiträge und Arbeitgeberbeiträge, soweit er sie der Arbeitgeberin erstattet habe, zurück. Der Antrag wurde abgelehnt, da in der Wahl der freiwilligen Weiterversicherung ein Verzicht auf die Rückzahlung zu erblicken sei.

Der Leichenfund im Grunewald aufgeklärt. Im Laufe des gestrigen Tages gelang es der Kriminalpolizei, die Personlichkeit der unbekanntem Toten, die wie wir berichteten, im Grunewald erschossen aufgefunden wurde, festzustellen. Schon im Laufe des gestrigen Abends wurde der mutmaßliche Täter ermittelt und festgenommen. Die Erschossene ist eine 29 Jahre alte Aufwärterin Elsbeth Stahne, die zuletzt als Dienstmädchen in der Deidesheimer Straße zu Wilmersdorf beschäftigt war. Das Mädchen zeigte sich der Herrschaft gegenüber als diensteifrig und anhänglich. Es handelte sich um ein unheilvolles Verbrechen eines Mannes, der sich für einen Techniker Max Schubert ausgab und, einem gewalttätigen Menschen, auf dessen Veranlassung das Mädchen seine vorberühmte Stellung aufgeben mußte. Dieser angebliche Schubert war am 3. April in der Wohnung der Herrschaft erschienen, um das Mädchen abzuholen mit der Begründung, daß er nach dem besetzten Gebiet fahren müsse und sich vorher von seiner Braut noch schnell verabschieden wolle. Diese hat sich dann unmaßgebend, ist mit ihm weggegangen und nicht wieder zurückgekehrt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei ergaben, daß dieser angebliche Schubert kurz vorher von dem Telephonhaupteinschluß den Nebenanschluß der Dienstherrschaft angernien und mit dem Mädchen gesprochen hatte. Wie die Nachforschungen ergeben haben, verlangte er von dem Mädchen Geld. Es stellte sich heraus, daß dieser angebliche Schubert identisch mit einem 48 Jahre alten Hausdiener Max Springer aus Danzig ist, der zuletzt in der Kaiser-Allee 90 eine Pflanzstätte innehatte. Nach seiner Verhaftung gab er an, daß das Mädchen sich selbst erschossen habe. Er habe dann den Revolver zu sich gesteckt und sei davongegangen. Diese Darstellung erscheint reichlich ungläubwürdig.

Gewerkschaftliches

Eine vorbildliche Genossenschaft

Was geht im Beamten-Wirtschafts-Berein vor?

Die Angestellten des Beamten-Wirtschafts-Bereins stehen seit Wochen in Tarifverhandlungen. Diese auch Genossenschaft ländigte den letzten Manteltarifvertrag nicht zu dem Zweck, um Verbesserungen eintreten zu lassen, sondern, um, wie man aus dem Entwurf sehr schnell erkennen kann, Verschlechterungen für die Angestellten fast in jedem Paragraphen durchzuführen. Der Zentralverband der Angestellten war von den Angestellten beauftragt worden, den Manteltarifvertrag, der mit der Konium-Genossenschaft Berlin und Umgegend bereits abgeschlossen ist, einzureichen. Die Verwaltung des BVB, forderte von den Angestellten Abbau des Urlaubs, Verlängerung der Arbeitszeit und Reduzierung der Gehälter für den Monat April. Man muß sich wundern, wo diese Geschäftsleitung den Mut hernimmt, ihren kaufmännischen Angestellten so etwas zuzumuten. Man muß sich aber weiter darüber wundern, daß der Ausschußrat des Beamten-Wirtschafts-Bereins, welcher sich zum großen Teil aus Mitgliedern des Deutschen Beamten-Bundes zusammensetzt, seiner Geschäftsleitung Vollmacht gibt, derartig provozierend gegen die Angestelltenhaft vorzugehen. Nach außen hin predigt man den Grundsatze, vorbildlich sein zu wollen, wie die Arbeiter-Konium-Bereine. Wie vorbildlich diese Genossenschaft ist, sieht man aus diesem Angebot.

Es ist unbedingt notwendig, daß sich auch die Mitglieder des BVB, welche nicht nur Beamte, sondern auch zum Teil Staats- oder Kommunalarbeiter sind, um diese Vorgänge kümmern und die Geschäftsleitung dieser Genossenschaft, welche allerdings mehr nach privatkapitalistischen als nach genossenschaftlichen Grundsätzen geleitet wird, zwingen, ihren Angestellten ein menschenwürdiges Einkommen und eine entsprechende Behandlung zuteil werden zu lassen. Die Angestellten des Beamten-Wirtschafts-Bereins werden heute in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Straße 96-97, zu dem Besuche der Verhandlungskommission Stellung nehmen.

Eine feine Nummer!

Uns wird von zukünftiger Stelle geschrieben: Eigenartige Ansichten über die Behandlung der Arbeitnehmer seines Betriebes hat der Fabrikant Steiner, Spritzgussfabrik, Drantienstraße 6. Dieser Herr legt nicht nur Arbeitern gegenüber ein reaktionäres Benehmen an den Tag, sondern zahlt Löhne, die ganz bedeutend hinter den all-

gemein üblichen Tariffagen nachhinken. Vorzüglich versteht er es, einen Teil der Arbeiter gegen den anderen auszuspielen. Während er den qualifizierten Arbeitern zum Teil höhere Löhne, als sie der Tarif vorschreibt, zahlt, müssen sich die übrigen Arbeiter und ganz besonders die Arbeiterinnen mit erheblich geringeren Löhnen zufrieden geben. Erst durch wiederholtes Eingreifen der Organisation war es möglich, auch für Arbeiterinnen annehmbare Löhne zu erzielen. Als nun die Arbeiter und Arbeiterinnen sich diese Zustände nicht mehr gefallen ließen und in Massen den Betrieb verließen, wurde ihnen eine Arbeitsbeschleunigung ausgesetzt, die gegen die gesetzlichen Bestimmungen stark verstieß. Der Ton, welchen dieser Herr gegen seine Arbeiterinnen anschlägt, zeugt schon davon, wie es mit seinem sozialen Gewissen bestellt ist. Es ist sogar vorgekommen, daß schwangere Frauen von ihm gestoßen wurden. Auf dem Gewerbegericht ist die Firma kändiger Gast.

Kampf der Landarbeiter im Land Stargard?

Der bis zum 1. November 1921 mit dem Verband der Land- und Forstwirte abgeschlossene Landarbeitertarif konnte nicht erneuert werden, weil der Arbeitgeberverband sich aufloste. Der Reichs-Landbund gab unter Zustimmung seiner Arbeitnehmergruppe, die nur einen ganz geringen Teil der Landarbeiter im Lande Stargard umfaßt, Richtlinien heraus, nach denen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Landarbeiter im Lande Stargard geregelt werden sollen.

Damit nahm man den im deutschen Landarbeiterverband organisierten Landarbeitern, die den übergroßen Teil der Landarbeiter im Lande Stargard ausmachen, jenen Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch ihre Organisation.

Zeit dem 20. Januar 1922 versucht der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes mit dem Vorstand des Reichs-Landbundes Tarifverhandlungen anzubahnen. Der Vorsitzende, Herr Dr. von Conern, erklärt aber, daß die gestellten Lohnforderungen unerfüllbar seien. Der Vertreter des Vorstandes des D.L.V. vertrat entschieden die Ansicht, daß es in der Hauptsache darauf ankomme, wieder einen Tarifvertrag zum Abschluss zu bringen und dieser Abschluss an der Lohnhöhe nicht zu scheitern brauche.

Die Herren Anarier machten aber alle möglichen Einseitigkeiten, um die Verhandlungen scheitern zu lassen. Und diese Junker scheuten nicht davor zurück, dem Verband den Vorwurf zu machen, daß er die Verhandlungen abgebrochen hätte! Demgegenüber erklärt der D. L. V., daß er jederzeit bereit ist, in Verhandlungen einzutreten.

Die im D.L.V. organisierten Landarbeiter im Lande Stargard sind nicht willens, ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzugeben, sie sind sich der Tragweite ihrer Handlungsweise voll bewußt, wenn sie jetzt den Tarifabschluß durch Kampf erzwingen müssen. Die Arbeitgeber haben es in der Hand, durch sofortiges Ansetzen einer Verhandlung die Volkswirtschaft vor Schäden zu bewahren.

Gewerkschaftsliteratur

Verband und Wirtschaft.

Nach dem Vorbild des Deutschen Metallarbeiterverbandes gibt nunmehr auch der Verband der Bergarbeiter Deutschlands unter dem Titel "Verband und Wirtschaft" ein monatliches Mitteilungsblatt heraus, das unter der Redaktion von Dr. Georg Berger steht und sich ähnliche Aufgaben stellt wie die Betriebsrätezeitung des Metallarbeiterverbandes. "Die Absicht, dieser Blätter ist, so heißt es in dem einführenden Artikel, Wegweiser zur wissenschaftlichen Erkenntnis zu sein. Redigiert werden sie von der volkswirtschaftlichen Abteilung unseres Verbandes. Sie wollen Kunde geben über deutsche und ausländische Wirtschaftsverhältnisse unter besonderer Berücksichtigung des Bergbaues und der Montanindustrie. Wir wenden uns vor allem an die Funktionäre und Betriebsräte, oder an die, welche in den vordersten Reihen den Klassenkampf zur Befreiung führen. Der Klassenkampf ist geistiger Kampf, hier soll Nützeng dafür bereitgestellt werden." Möge die neue Zeitschrift diese letzte Hoffnung in reichem Maße erfüllen.

Angestellte der Groß-Berliner Metall-Industrie! Am Antrag des A.M.-Bundes finden mit dem B. V. M. J. Montag, den 24. d. Mts., Verhandlungen über die Erhöhung der April-Einkommen statt. Das Ergebnis wird mitgeteilt werden. A.M.-Bund.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, den 22. April.

Regie: Wohnung Funktionäre! Sofort Notplakat abholen beim Dr. Wollen Müller, Restaurant Wende, Berlin-Süd, Ecke August-Str.

Bereinskalender

Sonnabend, den 22. April.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. S. Hamburg), Filiale Berlin S. Mitgliederversammlung, Sonnabend, den 22. April cr., abends 7 Uhr, bei Zitel, Köpenickerstr. 7. Tagesordnung: Wahlprüfung von Kandidaten für die Wahl von Abgeordneten zur Generalversammlung.

Jugendbewegung

E. F. J. Agitationen Nord-Ost. Der Gefangenenchor beteiligt sich am Sonntag, geschlossen an der Werbe-Veranstaltung in Bernau.

Verantwortlich für die Redaktion Carl Nauch, Berlin; für den Internatent- und geschäftliche Mitteilungen: Rudolf Rosenthaler, Berlin. — Verlags-Gesellschaft "Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck von Gehring & Reimann, e. G. m. b. H., Berlin, Köpenickerstr. 70.

Für Mieter unentbehrlich

Reichsmietengesetz

nebst

Kommentar

Von Rechtsanwalt Dr. Kurt Soenheim und Dr. Paul Herz, Mitgl. des Reichstages

Preis 10 Mark

Sobald erschienen! Man bestelle sofort bei der

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2 Breite Straße 8-9.